

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesrat Albert Rösti
Bundeshaus Ost
Kochergasse 9
3003 Bern

per E-Mail an: polg@bafu.admin.ch

Zürich, 10. April 2026

Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für Verbände der Wirtschaft und interessierte Kreise besteht die Möglichkeit, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2026 zu äussern. Dankend nimmt scienceindustries diese Möglichkeit wahr. Dieses Begleitschreiben bildet gemeinsam mit der beiliegenden tabellarischen Aufstellung zu einzelnen Aspekten die Stellungnahme von scienceindustries zur Vernehmlassungsvorlage.

Als Wirtschaftsverband der Schweizer Industrien Chemie Pharma Life Sciences setzt sich scienceindustries im Interesse seiner rund 250 Mitgliedsunternehmen dafür ein, dass die Schweiz weiterhin zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten Wirtschaftsstandorten weltweit gehört. Die hiesige Standortattraktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gründen auf zentralen Faktoren wie weltweiten Marktzugang, qualifizierten Fachkräften und unternehmens- und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen. Dadurch haben sich die Industrien Chemie Pharma Life Sciences über die letzten Jahrzehnte zum Schweizer Wertschöpfungs- und Exportmotor etabliert. Sie beschäftigen hierzulande über 80'000 Mitarbeitende (Vollzeitäquivalente FTE). Zudem finanzieren unsere Industrien über einen Drittel der gesamten privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Schweiz – über 6 Milliarden Schweizer Franken im Jahr 2023 [gemäß BFS](#). Sie tragen so wesentlich dazu bei, dass die Schweiz als internationaler Innovationshub gilt und auf globalen Innovationsindizes an der Spitze steht. scienceindustries tritt dafür ein, dass der Standort Schweiz weiterhin Weltspitze bleibt.

1. Übernahme ausländischen Rechts / Swiss Finish

Die Schweiz ist eine hochgradig vernetzte Exportnation. Fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes hängt direkt vom Aussenhandel ab, was bedeutet, dass die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland erwirtschaftet. Besonders die Chemie-, Pharma- und Life-Sciences-Industrien sind von dieser internationalen Vernetzung geprägt: Sie sind seit Jahren die Exportmeister der Schweiz und tragen rund 50 Prozent zum Gesamtexport bei. Über 90 Prozent ihrer Produkte werden im Ausland abgesetzt. Umgekehrt ist die Schweiz in hohem Masse auf Importe aus gewissen Märkten angewiesen.

Globale Handelsbeziehungen stehen zunehmend im Zeichen strategischer Rivalität: Führende Mächte nutzen die Steuerung von Kapitalflüssen, Schlüsseltechnologien und kritischen Lieferketten gezielt als macht- und sicherheitspolitisches Instrument. Diese Entwicklung führt zu einer stärkeren Machtasymmetrie im internationalen System und reduziert den aussen- und wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum

kleiner und mittelgrosser Staaten wie der Schweiz spürbar. Unter solchen Vorzeichen genügt es nicht, auf günstige Entwicklungen zu hoffen – es braucht eine klare strategische Ausrichtung.

Ein zunehmend erkennbares Instrument zur wirtschaftlichen Interessensdurchsetzung sind protektionistische Massnahmen durch Schaffung von nicht tarifären Handelshemmnissen. Diese stellen per Definition kleinere, auf Export ausgerichtete Staaten vor grosse Herausforderungen, sich gegenüber dem internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Zusätzlichen Schaden verursacht die Schaffung von administrativen Hürden für den Export, dem kein greifbarer Wert gegenübersteht.

Die Schweiz hat mit dem Beschluss des Bundesrates vom Dezember 2015 davon Abstand genommen, dem europäischen Chemikalienrecht REACH beizutreten oder direkt zu übernehmen. Allerdings ist mit der durch die Bundesverwaltungsstellen Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Umwelt (BAFU) und Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erarbeitete Chemikalienstrategie erkennbar, dass Beschränkungen und Verbote aus dem europäischen Chemikalienrecht REACH, das zunehmend einem überhandnehmenden Vorsorgeprinzip folgt, mehrheitlich übernommen werden.

Das Parlament hat mit der Annahme der Motion Schmid beschlossen, dass den Gegebenheiten der Schweizer Industrie- und Gewerbelandschaft besser Rechnung getragen werden müssen, und hat für die Verwendung von Substanzen mit gefährlichen Eigenschaften etwas andere Regeln beschlossen als die EU, was sinnvoll ist. Dieser eigenständige Weg zur Weiterentwicklung des Schweizer Chemikalienrechtes ist auch weiterhin unter Berücksichtigung der Eigenheiten und der sich von der EU abhebenden Qualitäten der inländischen Industrie, z.B. hinsichtlich der Qualität der Infrastruktur, des Bildungsniveaus der Mitarbeitenden und der bereits sehr hohen Regulierungs- und Vollzugsdichte, weiterzuverfolgen.

2. Erläuternde Berichte

Scienceindustries kommt bei der Studie der erläuternden Berichte, insbesondere des Berichtes zur Vorlage ChemRRV Chemikalien, zum Schluss, dass die Beurteilung der Auswirkungen nicht ausreichend fundiert und vor allem ohne Rücksprache mit den betroffenen Branchen erfolgt ist. Wir erachten die Aussagen des erläuternden Berichtes zu den Auswirkungen deshalb irreführend und in mehreren Punkten als faktisch falsch.

Aus diesem Grund ist festzuhalten, dass die Teilnehmer an dieser Vernehmlassung über die tatsächlichen Auswirkungen im Unklaren gelassen werden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Ausführungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

scienceindustries



Dr. Michael Matthes
Stellvertretender Direktor



Dominique Werner
Leiter Chemikalienrecht

Beilage:

- Tabellarische Zusammenstellung mit Anträgen und Begründungen seitens scienceindustries